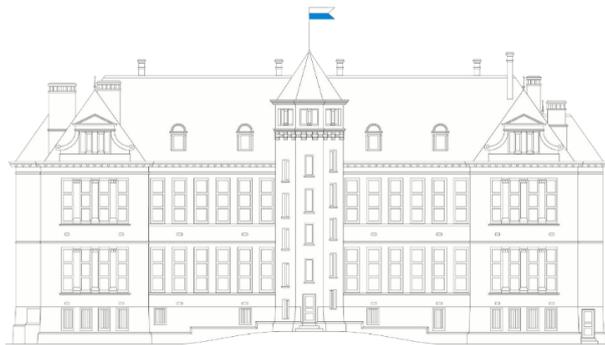


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## EDITORIAL

*Liebe europapolitisch Interessierte,*

die EU steht derzeit im Westen wie im Osten vor großen Herausforderungen.

Vor vier Wochen ist die Europäische Kommission dem Vereinigten Königreich weit entgegengekommen mit ihren Vorschlägen, wie die Warenkontrollen zwischen der britischen und der irischen Insel drastisch reduziert werden könnten. Ich habe dies begrüßt, da Großbritannien auch nach dem Brexit für Bayern ein zentraler Partner in Europa bleibt. Dies hat auch wieder mein freundschaftliches Gespräch mit dem britischen Staatsminister für Energie- und Klimapolitik, *Greg Hands*, in der letzten Woche in München gezeigt, bei dem

neben ersten Ergebnissen der Weltklimakonferenz COP 26 in Glasgow und den Entwicklungen der Corona-Pandemie auch die künftigen Beziehungen durch die Regelungen des „Handels – und Kooperationsabkommens“ thematisiert wurden. Sorge bereitet allerdings die Lage in Nordirland. Die Regierung von Premierminister *Johnson* erwägt weiterhin, das Nordirland-Protokoll einseitig zu



kündigen, weil sie es neu verhandeln möchte. Zudem akzeptiert sie nicht, dass der EuGH laut dem vereinbarten Protokoll die Jurisdiktion über die Anwendung des Europarechts in Nordirland behält; denn Nordirland ist weiter Teil des EU-Binnenmarkts. Das erscheint mir kein Grund zu sein, die Vereinbarung zu beenden und damit den Frieden in Irland aufs Spiel zu setzen.

Noch viel mehr ist der Frieden an der Grenze Polens zu Belarus in Gefahr. Es ist unfassbar, wie der belarussische Machthaber *Lukaschenko* seit Wochen Menschen als Objekt für seine Zwecke einer Destabilisierung der EU missbraucht. Er lockt Menschen aus ihren Herkunftsländern an, und versucht sie auf das Gebiet der EU zu treiben. Das ist inakzeptabel. Hier müssen die polnischen Behörden unterstützt werden, um die Instrumentalisierung von Migranten zu unterbinden. Gleichzeitig muss die EU gegenüber dem belarussischen Regime geschlossen und entschlossen Flagge zeigen und alles unternehmen, damit nicht noch mehr Migranten nach Belarus kommen, um von einem menschenverachtenden Diktator als Waffe gegen die EU benutzt zu werden. Die Verschärfung der bestehenden Sanktionen wäre ein erster konsequenter Schritt. Die Europäische Botschaft muss sein: Es reicht!



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 18/2021 vom 15.11.2021**



Das sind nur zwei der großen Herausforderungen, die die Staatengemeinschaft der Europäischen Union bewältigen muss. Ich bin zuversichtlich, dass ihr dies gelingt und sie sich damit wieder auf die zahlreichen anderen Themen konzentrieren kann, die unser aller Aufmerksamkeit brauchen. Der vorliegende Europabericht ist voll davon.

In diesem Sinne: Nehmen Sie sich Zeit für Europa!

*Ihre Melanie Huml*



EDITORIAL .....	2
<b>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....</b>	<b>8</b>
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	8
<i>Michel</i> und <i>von der Leyen</i> beim G20-Gipfel in Rom sowie bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow .....	8
EUROPÄISCHES PARLAMENT .....	9
Rechtsstaatsprinzip: Europäisches Parlament verklagt Kommission wegen Polen .....	9
INSTITUTIONELLES.....	9
Eurobarometer „Europa der Regionen“: Lebensqualität und wirtschaftliche Lage leicht verbessert .....	9
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN .....	10
Belarus: Kommissionspräsidentin <i>von der Leyen</i> fordert Verschärfung der Sanktionen .....	10
Vereinigtes Königreich: Streit mit der EU um Nordirland-Protokoll droht zu eskalieren .....	10
MEDIEN .....	11
Europäisches Parlament für stärkeren Schutz vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren u. a. gegen Journalisten .....	11
Facebook-Whistleblowerin fordert strengere Regulierung von großen Online-Unternehmen .....	11
<b>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION .....</b>	<b>12</b>
COVID-19 .....	12
Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten.....	12
ASYL UND MIGRATION .....	12
Rat setzt Visaerleichterungsabkommen zwischen der EU und Belarus teilweise aus.....	12
EU-Kommissionspräsidentin äußert sich zur Lage an der Grenze zu Belarus .....	12
EuGH urteilt zur abgeleiteten Flüchtlingseigenschaft zur Wahrung des Familienverbands .....	13
Europäisches Parlament nimmt vorläufige Einigung zur Asylagentur-VO förmlich an .....	13
EASO veröffentlicht gemeinsame Leitlinien für Asylanträge aus Afghanistan .....	13
CYBERSICHERHEIT.....	14
Kommission legt delegierten Rechtsakt zu mehr Sicherheit bei drahtlosen Geräten vor .....	14
ITRE-Ausschuss des Europäischen Parlaments nimmt Berichtsentwurf zur NIS2-Richtlinie an.....	14
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR .....</b>	<b>15</b>
STRAßENVERKEHR.....	15
Rat nimmt Überarbeitung der Eurovignetten-Richtlinie an.....	15
Europäisches Parlament und Rat erzielen vorläufige Einigung zur Verwendung gemieteter Fahrzeuge im Güterverkehr.....	16
Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments fasst EntschlieÙung zur Sicherheit von Lkw-Parkplätzen .....	16
LUFTVERKEHR .....	17
Kommission führt Befragung zur Überarbeitung der Verordnung über Flugdienste durch .....	17



Kommission veröffentlicht Bewertung der Leistung von Flugsicherungsdienstleistern für 2020 .....	17
BAUEN UND WOHNEN.....	17
Eurostat veröffentlicht Zahlen zum Zugang zu Heizenergie für 2020 in der EU .....	17
<b>STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....</b>	<b>18</b>
Europäisches Parlament verklagt Kommission wegen Nichtanwendung der Konditionalitätsverordnung .....	18
Präsident des EuGH: Überleben des europäischen Projekts in seiner jetzigen Form steht auf dem Spiel.....	18
Europäisches Parlament nimmt Richtlinie für länderspezifische Offenlegung von Ertragssteuerinformationen an .....	19
Europäisches Parlament für stärkeren Schutz vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren u. a. gegen Journalisten .....	19
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST .....</b>	<b>20</b>
FORSCHUNG.....	20
Kommission führt Informationskampagne zu den Missionen durch .....	20
Ausschreibung für ERC-Preis für öffentliches Engagement in der Forschung gestartet .....	20
Kommission präsentiert 73 Forschungsprojekte zum European Green Deal .....	20
KULTUR.....	21
Relaunch der Webseite „Europa fördert Kultur“ .....	21
European Prize for Literature 2021 verliehen.....	21
<b>STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT .....</b>	<b>22</b>
Europäische Zentralbank bestätigt ihren geldpolitischen Kurs.....	22
Europäisches Parlament verklagt Kommission wegen Nichtanwendung der Konditionalitäts-verordnung .....	22
Jahreshaushaltskonferenz 2021 - Der EU-Haushalt und NextGenerationEU.....	22
Sitzung der Euro-Gruppe am 08.11.2021.....	23
ECOFIN am 09.11.2021 .....	24
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...</b>	<b>25</b>
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....	25
Digitales Europa: Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramme .....	25
Cybersicherheit: Kommission legt delegierten Rechtsakt zu mehr Sicherheit bei drahtlosen Geräten vor.....	25
Konsultation zu neuer Industrieallianz für die Wertschöpfungskette erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe.....	25
EuG bestätigt Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung von Google .....	26
Kommission veröffentlicht Berichte zu Postdiensten und Paketzustellungen .....	26
Kommission veröffentlicht Bericht über nationale Solvabilitätsmaßnahmen für KMU .....	27



AUßENWIRTSCHAFT.....	27
EU-USA: Aussetzung von Handelsstreitigkeiten und Aufnahme von Gesprächen über neue globale Vereinbarung .....	27
Global Methane Pledge gestartet .....	27
Außenhandel: Kommission veröffentlicht Bericht zur Umsetzung von Handelsabkommen .....	28
ENERGIE .....	28
Kommission leitet Konsultation für die Festlegung einer Berechnungsmethode zur Nutzung von erneuerbarer Energie für Kälte ein .....	28
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ .....</b>	<b>29</b>
<b>UMWELT.....</b>	<b>29</b>
Kommission leitet Konsultation zu Industriallianz für die Wertschöpfungskette erneuerbarer Kraftstoffe ein.....	29
Kommission leitet Konsultation zu Vorschriften zur Qualität der Badegewässer sein .....	29
<b>VERBRAUCHERSCHUTZ .....</b>	<b>30</b>
Kommission legt Vorschlag zur Änderung der Verordnung über persistente organische Schadstoffe vor.....	30
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN.....</b>	<b>31</b>
FAO und EBRD veröffentlichen Kurzbericht über das Potential des Agrarsektors im Kampf gegen den Klimawandel .....	31
Agrarkommissar und US-Landwirtschaftsminister geben gemeinsame Erklärung zu Transatlantischer Kooperationsplattform für Landwirtschaft .....	31
Kommission veröffentlicht Stand der Umsetzung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette.....	32
Kommission veröffentlicht jährlichen Bericht über Waldbrände .....	32
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....</b>	<b>34</b>
Pakt für Kompetenzen feiert ersten Geburtstag .....	34
EVP-Abgeordnete fordern Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie .....	34
Europa kommt bei der Gleichstellung kaum voran.....	34
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>35</b>
COVID-19: Kommission schließt Vertrag über Valneva-Impfstoff ab.....	35
Europäische Arzneimittelagentur will über Zulassung von Moderna Impfstoff für kleine Kinder entscheiden .....	35
Rat genehmigt Verordnung zur Bewertung von Gesundheitstechnologien .....	35
Weltgesundheitsorganisation: Notfallzulassung für Totimpfstoff Covaxin.....	36
Prüfverfahren des Covid-19 Medikaments von Eli Lilly gestoppt .....	36
Einigung über die Stärkung der Europäischen Arzneimittelagentur.....	36
Zwei neue Produktionsstätten für Biontech/Pfizer Impfstoff genehmigt.....	37



ECDC-Veröffentlichung zur Nutzung von Antigen-Schnelltests .....	37
Europäisches Gericht weist Antrag auf einstweilige Anordnung gegen Covid-Zertifikat ab .....	37
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES .....</b>	<b>38</b>
Whistleblowerin <i>Frances Haugen</i> von Abgeordneten zur Regulierung von Facebook befragt.....	38
Digitales Europa: Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramme .....	38



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

### RATSPRÄSIDENTSCHAFT

#### *Michel und von der Leyen beim G20-Gipfel in Rom sowie bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow*

Am 30./31.10.2021 kamen die Staats- und Regierungschefs der G20 in Rom zu einem zweitägigen Gipfeltreffen zusammen, das vom italienischen G20-Vorsitz ausgerichtet wurde. Die EU wurde von *Charles Michel*, dem Präsidenten des Europäischen Rates, und von *Ursula von der Leyen*, der Präsidentin der Europäischen Kommission, vertreten. Zum Abschluss gaben die Teilnehmer eine Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 ab, die weit hinter den Erwartungen zurückblieb: Man habe sich darauf verständigt, die Anstrengungen zu verstärken. U. a. wollen die G20 den ärmsten Ländern 100 Mrd. \$ für den klimafreundlichen Umbau ihrer Wirtschaft zur Verfügung stellen. Auch haben sich die G20-Gipfelteilnehmer erstmals verpflichtet, die Erderwärmung bei 1,5° C zu halten. Auf ein konkretes Datum für die CO<sub>2</sub>-Neutralität konnten sich die Gipfelteilnehmer jedoch genauso wenig verständigen wie auf einen klaren Zeitpunkt für den Kohleausstieg.

Der Weltgipfel der Staats- und Regierungschefs am 01.11.2021 bildete den Auftakt der 26. Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP 26). Im Rahmen der COP 26 kommen vom 31.10.2021 - 12.11.2021 in Glasgow die 197 Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) zusammen. Dazu gehören die EU und alle EU-Mitgliedstaaten.

Die diesjährige Klimakonferenz verfolgt vier Hauptziele: (1) die weltweite CO<sub>2</sub>-Neutralität bis Mitte des Jahrhunderts sichern, (2) die Realisierbarkeit einer Erderwärmung um höchstens 1,5° C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau aufrechterhalten, (3) sich zur Bereitstellung von jährlich 100 Mrd. \$ bis 2025 verpflichten, um die Entwicklungsländer bei der Bewältigung der negativen Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen, (4) das Regelwerk für die Umsetzung des Übereinkommens von Paris fertigstellen. Diese Ziele sollen durch starke kollektive und individuelle Verpflichtungen in Glasgow erreicht werden, u. a. durch ambitionierte national festgelegte Beiträge, die von den Vertragsparteien vorzulegen sind.

Der Standpunkt der EU wurde vom Rat am 06.10.2021 angenommen. In seinen Schlussfolgerungen ist Folgendes festgehalten: (1) Er appelliert an alle Vertragsparteien, ambitionierte national festgelegte Beiträge anzugeben; (2) er fordert andere wichtige Industrieländer auf, ihre Beiträge zu der Verpflichtung in Bezug auf die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Höhe von 100 Mrd. \$ aufzustocken; (3) er legt den Standpunkt der EU zu Regeln für internationale CO<sub>2</sub>-Märkte fest, die den Ländern den Handel mit Emissionsreduktionen ermöglichen; (4) er legt den Standpunkt der EU zu gemeinsamen Zeitrahmen für die Emissionsreduktionsverpflichtungen fest, die in den national festgelegten Beiträgen der einzelnen Länder enthalten sind.

Die Ergebnisse der COP 26 werden erst zum Abschluss der Konferenz am 12.11.2021 verfügbar sein.

[Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 zum Abschluss des Gipfeltreffens in Rom](#) (in englischer Sprache)



[Website der COP-26](#) (in englischer Sprache)

## EUROPÄISCHES PARLAMENT

### Rechtsstaatsprinzip: Europäisches Parlament verklagt Kommission wegen Polen

Im Justizstreit mit Polen verklagt das Europäische Parlament (EP) die Kommission wegen Untätigkeit. Parlamentspräsident *Sassoli* erklärte am 29.10.2021 per Twitter-Nachricht, die Klage solle die Kommission zum „Handeln“ bringen. Man erwarte, dass die Kommission konsequent das umsetze, was Präsidentin *von der Leyen* in der jüngsten Plenardebatte zum Thema Rechtsstaat gesagt habe. "Den Worten müssen Taten folgen." Das EP wirft der Kommission vor, nicht alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft zu haben, um Polen zur Änderung seiner umstrittenen Justizreform zu zwingen. Konkret bemängelt das Parlament, dass die Kommission bisher nicht von dem sog. Rechtsstaatsmechanismus Gebrauch gemacht hat. Mit diesem Mittel können milliardenschwere EU-Zahlungen an einen Mitgliedstaat gekürzt werden, wenn dieser gegen die Rechtsstaatlichkeit verstößt. Polen und auch Ungarn haben gegen diesen Mechanismus allerdings geklagt.

Das EP hatte bereits im Juni beschlossen, das Verfahren für die sog. Untätigkeitsklage gegen die Kommission zu beginnen und so Druck auf die Kommission auszuüben. Mitte Oktober stimmte der zuständige Rechtsausschuss dann dafür, die Klage tatsächlich einzureichen. Wenig später beauftragte *Sassoli* den Juristischen Dienst, die Klage vorzubereiten. Die Kommission betonte stets, die Vorbereitungen für Verfahren nach dem Mechanismus liefen und kein Fall werde verloren gehen. Das Vorgehen ist nahezu einmalig: Bislang hat das EP die Kommission erst einmal vor dem EuGH verklagt.

Zur Klage des EP gegen die Kommission siehe auch die Beiträge des StMJ und des StMFH in diesem EB.

[Twitter-Nachricht von Sassoli](#) (in englischer Sprache)

## INSTITUTIONELLES

### Eurobarometer „Europa der Regionen“: Lebensqualität und wirtschaftliche Lage leicht verbessert

Trotz der Pandemie sind die Europäer der Ansicht, dass sich die Lebensqualität und die wirtschaftliche Lage in den europäischen Regionen leicht verbessert haben. Die Ergebnisse einer neu veröffentlichten Flash-Eurobarometer-Umfrage zur öffentlichen Meinung in den EU-Regionen zeigen, dass mehr als acht von zehn Europäern (83 %) die Lebensqualität in ihrer Region für gut halten (ein Anstieg um drei Prozentpunkte seit 2018), während 68 % die wirtschaftliche Lage in ihrer Region für gut halten (ein Anstieg um zwei Prozentpunkte seit 2018). Mehr als sieben von zehn Befragten (71 %) geben an, dass sie die Zukunft ihrer Region optimistisch einschätzen (ein Anstieg um drei Prozentpunkte seit 2018). Für die Befragten ist das wichtigste Thema, mit dem ihre Region derzeit konfrontiert ist, die wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit (33 %). Dicht darauf folgen die Gesundheit (24 %), die Lebenshaltungskosten (23 %) sowie Umwelt und Klimawandel (22 %). 57 % der Befragten sind mit den Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie zufrieden, während 55 % der Befragten der Meinung sind, dass NextGenerationEU bei der Bewältigung der Herausforderungen,



vor denen die EU steht, wirksam helfen wird. 47 % der Befragten ist der Ansicht, dass der Europäische Green Deal einen wirksamen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen leisten wird, vor denen die EU steht. Schließlich neigen 61 % dazu, der EU zu vertrauen (stabil im Vergleich zu 2018). Für diese Umfrage wurden 62.636 Personen in 194 Regionen in den 27 EU-Mitgliedstaaten telefonisch befragt.

[Resultate der Eurobarometer-Umfrage](#) (in englischer Sprache)

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

### Belarus: Kommissionspräsidentin von der Leyen fordert Verschärfung der Sanktionen

Angesichts der Lage an der Grenze zwischen Polen und Belarus hat EU-Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, die Sanktionen gegen Belarus zu verschärfen. Die Mitgliedstaaten sollten die erweiterte Sanktionsregelung gegen die belarussischen Behörden billigen. Sie kündigte an, dass Kommissionsvizepräsident *Margaritis Schinas* in die wichtigsten Herkunfts- und Transitländer reisen werde, um sicherzustellen, „dass deren Staatsangehörige nicht in die von den belarussischen Behörden gestellte Falle laufen.“ Zudem solle geprüft werden, wie Fluggesellschaften aus Drittländern, die Menschenhandel betreiben, sanktioniert werden können. Die Kommission werde mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen prüfen, wie eine humanitäre Krise verhindert und sichergestellt werden kann, dass Migranten mit Unterstützung ihrer nationalen Behörden sicher in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden können.

Für die Situation an der Grenze zwischen Polen und Belarus siehe auch den Beitrag des StMI in diesem EB.

[Statement der Kommissionspräsidentin](#)

### Vereinigtes Königreich: Streit mit der EU um Nordirland-Protokoll droht zu eskalieren

Der zuständige britische Minister *David Frost* hat im Streit um die Brexit-Regeln für Nordirland erneut damit gedroht, die Abmachungen des sog. Nordirland-Protokolls teilweise außer Kraft zu setzen. Gleichzeitig rief er die EU zur Besonnenheit auf. Die Mitte Oktober von der Kommission vorgelegten Vorschläge zur Lösung von Schwierigkeiten beim Handel zwischen Großbritannien und Nordirland bezeichnete *Frost* als nicht ausreichend. Die Gespräche seitdem hätten keine Lösung gebracht. Noch bleibe Zeit, um zu einer Einigung zu kommen. Sollte das jedoch nicht gelingen, werde das Auslösen des Notfallmechanismus von Artikel 16 des Protokolls „die einzige Option bleiben“, sagte *Frost* am 10.11.2021 im Oberhaus des britischen Parlaments.

Das Nordirland-Protokoll ist Teil des Brexit-Abkommens und sieht vor, dass das zum Vereinigten Königreich gehörende Nordirland weiterhin den Regeln des EU-Binnenmarkts und der Europäischen Zollunion folgt. Damit soll eine Warengrenze zwischen Nordirland und dem EU-Mitglied Irland verhindert werden. Andernfalls wird ein Wiederaufflammen des gewalttätigen Konflikts zwischen den Befürwortern einer Wiedervereinigung der beiden Teile Irlands und den Anhängern der nordirischen Union mit Großbritannien befürchtet. Notwendig sind nun aber Warenkontrollen zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreichs.



[Statement von David Frost im Oberhaus des britischen Parlaments](#) (in englischer Sprache)

## MEDIEN

### Europäisches Parlament für stärkeren Schutz vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren u. a. gegen Journalisten

In einer am 11.11.2021 angenommenen Entschließung schlägt das Europäische Parlament (EP) eine Reihe von Maßnahmen gegen sog. SLAPP-Klagen vor, d. h. Klagen, die allein darauf gerichtet sind, den Empfänger – oftmals Journalisten – einzuschüchtern und zu belästigen (**S**trategic **L**awsuits **A**gainst **P**ublic **P**articipation). Die Kommission solle u. a. Regeln für die frühzeitige Abweisung solcher Klagen (inkl. Sanktionen für Kläger) einführen, einen Fonds zur Unterstützung von SLAPP-Opfern einrichten und für angemessene Schulungen für Richter und Anwälte sorgen. Die Kommission hatte schon vor Wochen angekündigt, im zweiten Quartal 2022 einen Richtlinienvorschlag betreffend das Thema vorzulegen und dazu auch eine Konsultation veranstaltet (EB 16/21).

Zu diesem Thema siehe auch Beitrag des StMJ in diesem EB.

[Pressemitteilung des EP](#)

### Facebook-Whistleblowerin fordert strengere Regulierung von großen Online-Unternehmen

Die ehemalige Facebook-Mitarbeiterin und Whistleblowerin *Frances Haugen* hat am 08.11.2021 im Europäischen Parlament (EP) eine strengere Regulierung von großen Online-Unternehmen gefordert. „Neue Regeln dürfen nicht auf illegale Inhalte beschränkt werden. Sie müssen auch die Empfehlung von Inhalten beinhalten“, sagte *Haugen*. Sie hatte schon zuvor den Einsatz von Empfehlungs-Algorithmen bei Facebook kritisiert, der spalterische Inhalte fördere. Im EP wiederholte *Haugen* ihre Vorwürfe gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber, Profitinteressen über die Sicherheit seiner Nutzer zu stellen, besonders über die von Kindern.

Zu den Forderungen von *Frances Haugen* siehe auch den Beitrag des StMD in diesem EB.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### COVID-19

#### Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten

Der Rat hat am 29.10.2021 sowie am 09.11.2021 die Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten erneut turnusgemäß überarbeitet. Während im Zuge der Überarbeitung vom 29.10.2021 Argentinien, Kolumbien, Namibia und Peru der Liste hinzugefügt wurden, wurden im Zuge der Überarbeitung vom 09.11.2021 Singapur und die Ukraine von der Liste gestrichen. Eine Einreise in die EU auch aus nicht unbedingt notwendigen Gründen soll daher künftig aus folgenden Drittstaaten / Sonderverwaltungszone erlaubt sein: Argentinien, Australien, Bahrain, Kanada, Chile, Kolumbien, Jordanien, Kuwait, Namibia, Neuseeland, Peru, Katar, Ruanda, Saudi-Arabien, Südkorea, Vereinigte Arabische Emirate, Uruguay, Hongkong, Macau, Taiwan sowie – weiterhin vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit – China.

[Pressemitteilung des Rates vom 29.10.2021](#)

[Pressemitteilung des Rates vom 09.11.2021](#)

### ASYL UND MIGRATION

#### Rat setzt Visaerleichterungsabkommen zwischen der EU und Belarus teilweise aus

Auf einen entsprechenden Vorschlag der Kommission vom 29.09.2021 hin (EB 15/21), hat der Rat am 09.11.2021 einen Beschluss zur teilweisen Aussetzung der Anwendung des Visaerleichterungsabkommens zwischen der EU und Belarus angenommen. Der Beschluss ist eine Reaktion auf den laufenden „hybriden Angriff“ seitens des belarussischen Regimes. Die Aussetzung gilt für Amtsträger des belarussischen Regimes und betrifft die Bestimmungen zum Verzicht auf die Vorlage von Nachweisen, zur Erteilung von Visa für die mehrfache Einreise und zu reduzierten Gebühren für Visumanträge. Gewöhnliche belarussische Staatsbürger sind vom Beschluss nicht betroffen.

[Pressemitteilung des Rates vom 09.11.2021](#)

[Beschluss des Rates zur teilweisen Aussetzung der Anwendung des Visaerleichterungsabkommens zwischen der EU und Belarus](#)

#### EU-Kommissionspräsidentin äußert sich zur Lage an der Grenze zu Belarus

Angesichts der sich zuspitzenden Lage an den EU-Außengrenzen zu Belarus hat EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen am 08.11.2021 erneut bekräftigt, die Instrumentalisierung von Migranten für politische Zwecke durch Belarus nicht hinzunehmen. In ihrem Statement forderte sie die Mitgliedstaaten auf, die erweiterte Sanktionsregelung gegen die belarussischen Behörden, die für den hybriden Angriff verantwortlich sind, zu



billigen. Die EU werde insbesondere prüfen, wie Menschenhandel betreibende Fluggesellschaften aus Drittländern u. a. durch die Erstellung schwarzer Listen sanktioniert werden können.

[Erklärung von Kommissionspräsidentin von der Leyen vom 08.11.2021](#)

### **EuGH urteilt zur abgeleiteten Flüchtlingseigenschaft zur Wahrung des Familienverbands**

In der Rechtssache C-91/20 zum Familienflüchtlingsschutz bei unterschiedlicher Staatsangehörigkeit bzw. zur abgeleiteten Flüchtlingseigenschaft hat der EuGH am 09.11.2021 das Urteil erlassen. Dem liegt der Sachverhalt einer 2017 in Deutschland geborenen Klägerin tunesischer Staatsangehörigkeit zugrunde, die das Kind einer tunesischen Mutter und eines syrischen Vaters ist, dem 2015 die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde. Nach Ansicht des vorlegenden BVerwG, der sich der EuGH in seinem Urteil anschließt, hat die Klägerin keinen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft aus eigenem Recht, da sie in Tunesien effektiven Schutz erlangen könne. Die Richtlinie 2011/95 sieht, so der EuGH, eine Erstreckung der Flüchtlingseigenschaft auf Familienangehörige kraft Ableitung zwar grundsätzlich nicht vor. Allerdings hindere das Gemeinsame Europäische Asylsystem einen Mitgliedstaat grundsätzlich nicht daran, auf der Grundlage günstigerer nationaler Bestimmungen (hier: sog. Familienflüchtlingsschutz) zur Wahrung des Familienverbands die Flüchtlingseigenschaft automatisch kraft Ableitung von einem Elternteil, dem diese Eigenschaft zuerkannt worden ist, auf sein minderjähriges Kind zu erstrecken. Dies gelte auch in dem Fall, dass dieses Kind im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats geboren worden ist und über seinen anderen Elternteil die Staatsangehörigkeit eines anderen Drittstaats besitzt, in dem es nicht Gefahr liefe, verfolgt zu werden.

[Pressemitteilung des EuGH vom 09.11.2021](#)

[Volltext des Urteils](#)

### **Europäisches Parlament nimmt vorläufige Einigung zur Asylagentur-VO förmlich an**

Der vorläufigen Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament (EP) vom 29.06.2021 folgend (EB 12/21), nahm das EP am 11.11.2021 die Asylagentur-VO förmlich an, die darauf abzielt, das derzeitige Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) in eine vollwertige EU-Asylagentur umzuwandeln, die den Mitgliedstaaten verstärkte operative und technische Unterstützung bietet und zu mehr Konvergenz bei der Beurteilung von Anträgen auf internationalen Schutz beiträgt. Die politische Einigung muss nun auch vom Rat noch förmlich bestätigt werden.

[Pressemitteilung des EP vom 11.11.2021](#) (in englischer Sprache)

### **EASO veröffentlicht gemeinsame Leitlinien für Asylanträge aus Afghanistan**

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen EASO hat am 11.11.2021 eine gemeinsame EU-Bewertung der Situation in Afghanistan im Hinblick auf die Gewährung von internationalem Schutz veröffentlicht. Die aktualisierten Leitlinien sollen den Weg für eine gemeinsame Entscheidungspraxis in der EU



ebnen. Danach seien bestimmte Gruppen von Asylbewerbern seit der Machtübernahme durch die Taliban einem erhöhten Risiko ausgesetzt; so hätten Personen in zentralen Positionen in militärischen und Strafverfolgungseinheiten, die mit der früheren afghanischen Regierung in Verbindung stehen, wahrscheinlich eine begründete Furcht vor Verfolgung, ebenso Personen, die für ausländische Regierungen gearbeitet haben, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten. Eine weitere wichtige Änderung in der gemeinsamen Bewertung besteht darin, dass für keinen Teil des Landes mehr eine interne Schutzalternative in Betracht komme; das gelte auch für die Städte Kabul, Herat und Masar-e Sharif.

[Pressemitteilung EASO vom 11.11.2021](#) (in englischer Sprache)

## CYBERSICHERHEIT

### Kommission legt delegierten Rechtsakt zu mehr Sicherheit bei drahtlosen Geräten vor

Die Kommission hat am 29.10.2021 einen delegierten Rechtsakt zur Funkanlagenrichtlinie erlassen, mit dem gewährleistet werden soll, dass alle drahtlosen Geräte wie Mobiltelefone, Tablets, Smartwatches, Fitness-Tracker und drahtloses Spielzeug sicher sind, bevor sie in der EU auf den Markt kommen. Mit dem delegierten Rechtsakt werden neue rechtliche Anforderungen für Sicherheitsvorkehrungen im Bereich der Cybersicherheit festgelegt, die bei der Konzeption und Herstellung der betreffenden Produkte berücksichtigt werden müssen. Der delegierte Rechtsakt soll durch ein künftiges Gesetz zur Cyber-Widerstandsfähigkeit ergänzt werden, das im Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2022 vorgesehen ist (EB 17/21). Falls Rat und Europäisches Parlament keine Einwände erheben, tritt der delegierte Rechtsakt nach Ablauf eines zweimonatigen Prüfungszeitraums in Kraft. Siehe hierzu auch den Beitrag des StMWi in diesem EB.

[Pressemitteilung der Kommission vom 29.10.2021](#)

[Text der delegierten Verordnung](#)

### ITRE-Ausschuss des Europäischen Parlaments nimmt Berichtsentwurf zur NIS2-Richtlinie an

Zum NIS2-Richtlinienvorschlag der Kommission (EB 04/21), der im Vergleich zur bestehenden Rechtslage mehr Einrichtungen, mittlere und große Unternehmen und Sektoren wie Energie, Verkehr, Banken, Gesundheit, digitale Infrastruktur, die öffentliche Verwaltung und Raumfahrt dazu verpflichten würde, Maßnahmen zum Schutz vor Cyberbedrohungen zu ergreifen, hat der federführende ITRE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) am 28.10.2021 den Berichtsentwurf des Berichterstatters MdEP *Bart Groothuis* (Renew/NL) angenommen und somit seine Verhandlungsposition festgelegt, die vom Plenum des EP allerdings noch bestätigt werden muss. Im Rat laufen die Verhandlungen zur NIS2-Richtlinie derzeit weiter. Erst wenn dieser seine Verhandlungsposition festgelegt hat, können Trilogverhandlungen mit dem EP beginnen.

[Pressemitteilung des ITRE-Ausschusses vom 28.10.2021](#) (in englischer Sprache)

[Berichtsentwurf des ITRE-Ausschusses](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### STRAßENVERKEHR

#### Rat nimmt Überarbeitung der Eurovignetten-Richtlinie an

Am 09.11.2021 hat der Rat die Überarbeitung der Eurovignetten-Richtlinie angenommen. Bereits am 16.06.2021 erzielten das Europäische Parlament (EP) und die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft eine politische Einigung (EB 11/21).

Danach sollen zeitabhängige Vignetten für schwere Nutzfahrzeuge im Kernnetz der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) innerhalb von acht Jahren nach Inkrafttreten der Richtlinie stufenweise abgeschafft werden. Außerhalb der Hauptverkehrsrouten können die Mitgliedstaaten weiterhin Vignetten anwenden. Zudem bestehen Ausnahmen in begründeten Fällen, wie einer geringen Bevölkerungsdichte oder eines begrenzten Straßenabschnitts, die der Kommission angezeigt werden müssen.

Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ein kombiniertes Gebührensystem aus entfernungs- und zeitabhängigen Elementen für schwere Nutzfahrzeuge einzurichten. Gleichzeitig steht es den Mitgliedstaaten frei, Maut- und Benutzungsgebühren für verschiedene Fahrzeugtypen, wie schwere und leichte Nutzfahrzeuge, Busse und Pkw unabhängig voneinander anzuwenden. Ferner müssen auch Tagesvignetten sowie Vignetten für eine Woche oder für zehn Tage angeboten werden.

Hinsichtlich der Ökologisierung der Straßennutzungsgebühren wird ein Instrument zur Differenzierung der Infrastruktur- und Benutzungsgebühren für schwere Nutzfahrzeuge aufgrund der CO<sub>2</sub>-Emissionen eingeführt. Diese Regelung gilt zunächst nur für die größten Nutzfahrzeuge. Für leichte Nutzfahrzeuge und Kleinbusse wird die Differenzierung ab 2026 gelten, sofern dies technisch machbar ist.

Zudem wird die Erhebung von Gebühren für externe Kosten der Luftverschmutzung für schwere Nutzfahrzeuge nach einem Übergangszeitraum von vier Jahren verbindlich vorgeschrieben. Die Mitgliedstaaten dürfen jedoch nach Unterrichtung der Kommission auf diese Gebühr verzichten, wenn diese zu einer negativen Verlagerung des Verkehrs führen würden.

Einnahmen aus Staugebühren sollen zur Lösung des Stauproblems oder zur Entwicklung nachhaltiger Mobilität eingesetzt werden. Daneben erhalten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, auf die Infrastrukturgebühren auf stark belasteten Straßenabschnitten einen höheren Aufschlag (bis zu 50 %) anzuwenden, sofern alle betroffenen Mitgliedstaaten zustimmen.

Die Richtlinie muss nun vom EP angenommen werden, bevor diese im EU-Amtsblatt veröffentlicht wird und 20 Tage später in Kraft tritt. Die Mitgliedstaaten müssen die Vorschriften innerhalb von zwei Jahren nach ihrem Inkrafttreten in nationales Recht umsetzen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Standpunkt des Rates](#)



### **Europäisches Parlament und Rat erzielen vorläufige Einigung zur Verwendung gemieteter Fahrzeuge im Güterverkehr**

Am 26.10.2021 haben das Europäische Parlament (EP) und der Rat eine vorläufige Einigung über die überarbeiteten Vorschriften für die Verwendung gemieteter Fahrzeuge im Güterverkehr erzielt. Bereits im Mai 2017 legte die Kommission ihren Vorschlag im Rahmen des ersten Mobilitätspakets vor (EB 10/17). Ziel ist es, eine größere Flexibilität bei der Anmietung von Fahrzeugen in der EU zu schaffen, um die Logistik für einen reibungslosen Binnenmarkt effizienter zu gestalten.

Die derzeit gültige Richtlinie garantiert den Güterkraftverkehrsunternehmen den Zugang zu gemieteten Fahrzeugen nur dann, wenn diese in dem Mitgliedstaat zugelassen sind, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat. Nach der Überarbeitung dürfen die Mitgliedstaaten die Verwendung eines Fahrzeugs, das von einem in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Unternehmen gemietet wird, in ihrem Hoheitsgebiet bei Einhaltung der einschlägigen Vorschriften nicht beschränken. Der minimale garantierte Mietzeitraum für ein einzelnes, in einem anderen Mitgliedstaat zugelassenes Fahrzeug beträgt zwei Monate. Um die Durchsetzung der Vorschriften zu verbessern, müssen von den zuständigen nationalen Behörden die Zulassungsnummern der aus einem anderen Mitgliedstaat gemieteten Fahrzeuge in ihren elektronischen Registern für Kraftverkehrsunternehmen erfasst werden.

Die vorläufige Einigung muss vom EP und Rat noch endgültig gebilligt werden. Nach Inkrafttreten der Richtlinie haben die Mitgliedstaaten 14 Monate Zeit, um die neuen Vorschriften in nationales Recht zu überführen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### **Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments fasst EntschlieÙung zur Sicherheit von Lkw-Parkplätzen**

Am 25.10.2021 hat der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments (PETI) eine EntschlieÙung zur Sicherheit von Lkw-Parkplätzen mit 31 Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung angenommen. Diese fordert u. a. mehr finanzielle Mittel aus der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) zur Schaffung von mehr Parkplätzen. Damit sollen auch Lkw-Fahrer geschützt werden, die aufgrund des Parkplatzmangels gegen die gesetzlichen Lenk- und Ruhezeiten verstieÙen. Daneben solle ein Meldesystem eingeführt werden, damit die Fahrer in ihrer jeweiligen Muttersprache Mängel auf den Verkehrsrouten adressieren könnten. Ferner werden technische Tools zur leichteren Auffindung von Parkmöglichkeiten gefordert.

[EntschlieÙung des PETI-Ausschusses](#) (in englischer Sprache)



## LUFTVERKEHR

### Kommission führt Befragung zur Überarbeitung der Verordnung über Flugdienste durch

Bis zum 06.12.2021 führt die Kommission eine Befragung zur Überarbeitung der Verordnung über Flugdienste durch. Ziel der Initiative ist es, den Sektor widerstandsfähiger gegenüber Krisen zu machen, seine Nachhaltigkeit zu verbessern sowie die Konnektivität und den Verbraucherschutz zu erhöhen. Die Vorschriften setzen sich u. a. mit dem Marktzugang, den Betriebsgenehmigungen und den gemeinschaftlichen Verpflichtungen auseinander. Eine Evaluierung aus dem Jahr 2019 ergab, dass der EU-Binnenmarkt für Flugdienste große Vorteile gebracht hat. Gleichzeitig wurde Verbesserungspotenzial bei der Erteilung einer Betriebsgenehmigung, der uneinheitlichen Auslegung von Bestimmungen zur Preistransparenz und der mangelnden regulatorischen Klarheit bei neuen Flugdiensten wie Drohnen festgestellt. Eine öffentliche Konsultation ist für das erste Quartal 2022 geplant. Mit einer Annahme durch die Kommission wird im vierten Quartal 2022 gerechnet.

[Befragung der Kommission](#)

### Kommission veröffentlicht Bewertung der Leistung von Flugsicherungsdienstleistern für 2020

Am 27.10.2021 hat die Kommission ihre Bewertung der Leistung von Flugsicherungsdienstleistern für das Jahr 2020 veröffentlicht. Aufgrund der geringeren Flugbewegungen durch die COVID-19-Pandemie erzielten die Dienstleister bei den Bewertungskriterien Umwelt und Kapazität gute Ergebnisse. Die Leistung im Bereich Sicherheit konnte trotz der neuen Herausforderungen durch die Pandemie aufrechterhalten werden. Die Kosten für die Erbringung von Flugsicherungsdiensten blieben hingegen auf dem Niveau wie vor der Pandemie. Letztendlich werden die Einnahmeausfälle der Dienstleister in den Jahren 2020/2021 über die Ticketgebühren gedeckt werden müssen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

## BAUEN UND WOHNEN

### Eurostat veröffentlicht Zahlen zum Zugang zu Heizenergie für 2020 in der EU

Am 05.11.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zum Zugang zu Heizenergie für 2020 in der EU veröffentlicht. Danach waren 8 % der EU-Bevölkerung nicht in der Lage, ihre Wohnung angemessen zu heizen. Die Situation ist besonders problematisch in Bulgarien, wo der Anteil bei 27,5 % lag, gefolgt von Litauen (23,1 %), Zypern (20,9 %), Portugal (17,5 %) und Griechenland (16,7 %). In Deutschland konnten sich 9 % der Befragten keine ausreichende Heizenergie leisten.

[Pressemitteilung von Eurostat](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### Europäisches Parlament verklagt Kommission wegen Nichtanwendung der Konditionalitätsverordnung

Am 29.10.2021 reichte der juristische Dienst des Europäischen Parlaments (EP) auf Ersuchen von Parlamentspräsident *Sassoli* beim EuGH eine Untätigkeitsklage gegen die Kommission ein (Rs. C-657/21). Grund ist die Nichtanwendung der sog. Konditionalitätsverordnung (Verordnung 2020/2092). Diese Verordnung gilt seit 01.01.2021. Sie führt ein Verfahren ein, wonach der Rat auf Vorschlag der Kommission Maßnahmen gegen einen Mitgliedstaat ergreifen und insbesondere Zahlungen aussetzen kann, wenn er in diesem Mitgliedstaat Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit feststellt, die „die wirtschaftliche Führung des Haushalts der Union oder den Schutz ihrer finanziellen Interessen hinreichend unmittelbar beeinträchtigen oder ernsthaft zu beeinträchtigen drohen“. Der Europäische Rat hatte die Kommission jedoch aufgefordert, die Verordnung erst anzuwenden, wenn über die Klagen Ungarns und Polens dagegen vor dem EuGH entschieden worden sei. Mit einer solchen Entscheidung des EuGH wird im Frühjahr 2021 gerechnet (Rs. Az. C-156/21 und C-157/21). Zuletzt hatte Kommissionspräsidentin *von der Leyen* nach dem Europäischen Rat am 21./22.10.2021 bestätigt, dass die Kommission zunächst die Entscheidung des EuGH abwarten werde. Die Einreichung der Untätigkeitsklage gegen die Kommission hatte der Rechtsausschuss des EP am 14.10.2021 empfohlen (siehe auch Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Pressemitteilung des Präsidenten des EP](#) (in englischer Sprache)

### Präsident des EuGH: Überleben des europäischen Projekts in seiner jetzigen Form steht auf dem Spiel

Der Präsident des EuGH, *Koen Lenaerts*, warnte am 04.11.2021 auf dem Kongress der Internationalen Föderation für Europarecht (FIDE) davor, dass das europäische Projekt in seiner jetzigen Form auf dem Spiel stehe. Der EuGH und der Vorrang des EU-Rechts befänden sich derzeit in einer äußerst ernsten Situation. Er rief dazu auf, den Grundsatz des (Anwendungs-)Vorrangs des EU-Rechts zu wahren. Dabei erinnerte er auch daran, dass die Mitgliedschaft in der EU eine freiwillige sei und durch eine demokratische und souveräne Entscheidung ausgeübt werde. Solange ein Mitgliedstaat Teil der Union sei, müsse er das EU-Recht und die Auslegung des EU-Rechts durch den EuGH akzeptieren.

[Programm FIDE 2021](#)

[FIDE 2021 Opening Ceremony Speeches: main takeaways](#) (in englischer Sprache)



### Europäisches Parlament nimmt Richtlinie für länderspezifische Offenlegung von Ertragssteuerinformationen an

Am 11.11.2021 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) den Richtlinienvorschlag über die Offenlegung von Ertragssteuerinformationen (Country by Country Reporting on Taxes, kurz: CbCR) an. Der Rat hatte den Rechtsakt bereits am 28.09.2021 gebilligt (EB 15/21). Damit werden Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Mio. € pro Jahr zur Erstellung und Offenlegung eines länderspezifischen Ertragsteuerberichts verpflichtet. Die Offenlegung sensibler Informationen kann jedoch für maximal fünf Jahre verweigert werden. Die Richtlinie tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Die Mitgliedstaaten haben anschließend 18 Monate Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

[Pressemitteilung des EP](#)

### Europäisches Parlament für stärkeren Schutz vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren u. a. gegen Journalisten

Am 11.11.2021 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit den Initiativbericht der Berichterstatter MdEP *Wölken* (S&D/DE) und MdEP *Metsola* (EVP/MT) zu EU-Vorschriften gegen missbräuchliche Klagen zur Einschüchterung von Journalisten, nichtstaatlicher Organisationen und der Zivilgesellschaft an. Der Bericht befasst sich mit dem Phänomen der sog. SLAPP-Klagen. Darunter versteht man taktische Klagen gegen die öffentliche Beteiligung (Strategic Lawsuits Against Public Participation; kurz: SLAPP). Die Abgeordneten bedauern, dass noch kein Mitgliedstaat gezielte Rechtsvorschriften gegen SLAPPs erlassen habe. Daher fordern sie die Kommission auf, ein Maßnahmenpaket zu erlassen, das insbesondere das Zivilprozessrecht in den Blick nimmt. So sollen Regeln für eine frühzeitige Abweisung von Zivilklagen eingeführt werden. Auch sollen den Klageparteien Sanktionen bzw. Schadensersatzansprüche drohen können. Zudem fordern sie die Verhinderung von „Forum Shopping“ durch Einführung eines Gerichtsstands am Aufenthaltsort der beklagten Partei. Auch sollen Straftatbestände wie Verleumdung nicht für SLAPP-Klagen verwendet werden können. Die Kommission hat bereits angekündigt, im zweiten Quartal einen Richtlinienvorschlag sowie Empfehlungen zu dem Thema vorlegen zu wollen. Dazu hatte sie bis 01.11.2021 eine öffentliche Konsultation durchgeführt (EB 16/21) (siehe auch Beitrag unter „Europapolitische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

### FORSCHUNG

#### Kommission führt Informationskampagne zu den Missionen durch

Zu einigen der am 29.09.2021 auf den Weg gebrachten Missionen unter Horizont Europa (EB 15/21) bietet die Kommission Online-Informationsveranstaltungen an. Am 23.11.2021 wird eine solche zur Mission „Adaption to climate change“ und am 24.11.2021 zur Mission „Cancer“ in Verbindung mit der Initiative „Europas Plan gegen den Krebs“ stattfinden. Bereits am 01.10.2021 fand ein Online-Seminar zur Mission „Climate-Neutral and Smart Cities“ statt, von dem die Aufzeichnung noch verfügbar ist (siehe Link unten). Zu dieser Mission hat die Kommission auch ein Informationspaket für Städte veröffentlicht, die sich für eine Teilnahme interessieren. Schließlich wurde auch ein Foresight Report zu den einzelnen Missionen erstellt.

[Info-Session zur Mission "Adaptation to climate change" am 23.11.2021](#) (in englischer Sprache)

[Online Seminar zur Mission „Cancer“ am 24.11.2021](#) (in englischer Sprache)

[Aufzeichnung des Webinars zu „Climate-neutral and smart Cities vom 01.10.2021](#) (in englischer Sprache)

[Infopaket für Städte zu „Climate-neutral and smart Cities“](#) (in englischer Sprache)

[Foresight Reports zu den fünf Missionen](#) (in englischer Sprache)

#### Ausschreibung für ERC-Preis für öffentliches Engagement in der Forschung gestartet

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 04.11.2021 die Ausschreibung für seinen Preis für öffentliches Engagement in der Forschung gestartet. Damit sollen ERC-Geförderte gewürdigt werden, die bei der Einbindung eines Publikums außerhalb ihres Fachgebiets und bei der Vermittlung ihrer von der EU finanzierten Forschung hervorragende Leistungen erbracht haben. Die drei mit jeweils 10.000 € dotierten Preise werden an die Forschenden verliehen, die die Öffentlichkeit am erfolgreichsten in die Konzeption, Durchführung oder Verbreitung der vom ERC finanzierten Aktivitäten einbezogen haben.

Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 03.02.2022. Die Preisträger werden im Juli 2022 bekanntgegeben.

[Pressemitteilung des ERC](#) (in englischer Sprache)

#### Kommission präsentiert 73 Forschungsprojekte zum European Green Deal

Am 27.10.2021 wurden in einem Kick-Off-Event der Kommission die 73 Forschungsprojekte vorgestellt, die im Rahmen des Green Deal Calls ausgewählt wurden (EB 11/21). Der Green Deal Call ist der letzte unter Horizont 2020 und fördert mit insgesamt 1 Mrd. € Forschungs- und Innovationsprojekte, die greifbare und sichtbare Lösungen zu den vom Green Deal adressierten Zielen hervorbringen sollen. Unter den Geförderten ist auch die Ludwig-Maximilians-Universität München mit einem Projekt, das Regionen beim Umweltschutz hilft.



[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Informationen der Kommission und Kurzvideo zu dem Event](#) (in englischer Sprache)

## KULTUR

### Relaunch der Webseite „Europa fördert Kultur“

Die Creative Europe Desks aus Deutschland und Österreich haben ihre Informationswebseite „Europa fördert Kultur“ grundlegend inhaltlich und gestalterisch überarbeitet und nunmehr online gestellt. Die Seite soll Kultur- und Kreativschaffende bei der Suche nach EU-Förderung unterstützen. Dabei werden Fördermöglichkeiten aus 13 EU-Förderprogrammen berücksichtigt, neben Creative Europe u. a. auch Horizon Europe, Erasmus+, EFRE, oder Digital Europe. Um sich in der komplexen Förderstruktur besser zurechtzufinden, wurde ein neuer Förderfinder entwickelt. Außerdem werden für jedes relevante Programm die Kontaktdaten für Deutschland und Österreich zur Verfügung gestellt, aktuelle Ausschreibungen veröffentlicht, weiterführende Links angeboten und ein FAQ als Hilfe bereitgestellt. Bereits geförderte Kulturprojekte werden in einem eigenen Projektbereich auf der Website vorgestellt.

[Überarbeitete Webseite „Europa fördert Kultur“](#)

### European Prize for Literature 2021 verliehen

Am 09.11.2021 hat Kommissarin *Mariya Gabriel* zusammen mit *Sabine Verheyen*, der Vorsitzenden des CULT-Ausschusses des Europäischen Parlaments, und *Vasko Simoniti*, dem Kulturminister Sloweniens, den Preis der Europäischen Union für Literatur (European Union Prize for Literature, EUPL) des Jahres 2021 in einer feierlichen Zeremonie in Brüssel verliehen. Die Preise gehen dieses Jahr an 13 Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus Albanien, Armenien, Bulgarien, Tschechien, Island, Lettland, Malta, Portugal, Serbien, Slowenien, Schweden, Tunesien und den Niederlanden. Sie sind jeweils mit 5.000 € dotiert und werden durch das Programm Creative Europe finanziert.

[Information des EUPL zur Zeremonie](#) (in englischer Sprache)

[Liste der Preisträger](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

---

### Europäische Zentralbank bestätigt ihren geldpolitischen Kurs

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 28.10.2021 bei den Beratungen seinen geldpolitischen Kurs bestätigt. Sowohl die Leitzinsen als auch die Modalitäten der Wertpapierprogramme sowie die sie betreffende Forward Guidance blieben unverändert. Der Schwerpunkt der Beratungen war die steigende Inflation. Für das laufende Jahr rechnet die EZB mit einem weiteren Anstieg. Sie geht aber davon aus, dass die Inflation im Lauf des nächsten Jahres wieder sinken wird. In der Pressekonferenz betonte EZB-Präsidentin *Christine Lagarde*, dass die Wirtschaftsleistung bis Jahresende das Niveau übertreffe, das sie vor Ausbruch der Pandemie hatte. Um die wirtschaftliche Erholung aufrechtzuerhalten, solle die Geldpolitik weiterhin durch eine zielgerichtete und koordinierte Finanzpolitik ergänzt werden.

[Pressemitteilung der EZB zu geldpolitischen Beschlüssen vom 28.10.2021](#)

[Einleitende Bemerkungen von EZB-Präsidentin \*Christine Lagarde\* und von Vizepräsidenten \*Luis de Guindos\* zur Pressekonferenz vom 28.10.2021](#)

### Europäisches Parlament verklagt Kommission wegen Nichtanwendung der Konditionalitätsverordnung

Auf Ersuchen des Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP) *David Sassoli* hat der Juristische Dienst des EP am 29.10.2021 beim EuGH eine Untätigkeitsklage gegen die Kommission wegen Nichtanwendung der EU-Verordnung 2020/2092 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung eingereicht. Diese Verordnung legt die Regeln fest, die zum Schutz des EU-Haushalts im Falle von Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten erforderlich sind. Insbesondere ist die EU befugt, Zahlungen aus dem EU-Haushalt an Mitgliedstaaten, in denen die Rechtsstaatlichkeit bedroht ist, auszusetzen. Polen sollte daher nur dann finanzielle Mittel der Aufbau- und Resilienzfazilität erhalten, wenn die Bedingungen für die Unabhängigkeit der Justiz im Land erfüllt sind. Konkret soll Warschau die Disziplinarkammer am Obersten Gericht auflösen, das Disziplinarverfahren für Richter reformieren und einen Prozess zur Wiedereinsetzung der Richter einleiten. Bei entsprechenden Zusagen Polens könnte eine erste Rate von 13 % der Gesamtzahlungen (insgesamt: 36 Mrd. €) freigegeben werden.

[Verordnung \(EU, Euratom\) 2020/2092 vom 16.12.2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union](#)

[Erklärung des Präsidenten des EP zur Klage gegen die Kommission vom 29.10.2021](#) (in englischer Sprache)

### Jahreshaushaltskonferenz 2021 - Der EU-Haushalt und NextGenerationEU

Am 08.11.2021 hat in Brüssel via Live-Streaming eine Konferenz zum Thema „Der EU-Haushalt und NextGenerationEU (NGEU): Feuerwerk oder Urknall?“ stattgefunden. Präsidentin der Kommission *Ursula von*



*der Leyen* hat an dieser Konferenz teilgenommen und betonte, dass der Klima- und der digitale Wandel im Mittelpunkt des zukünftigen Wohlstands aller Europäer stehen. Um die EU-Klimaziele für 2030 zu erreichen, würden Investitionen von rund 470 Mrd. € pro Jahr erforderlich sein. Daher seien 30 % der Mittel im Rahmen von NGEU und des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für die Bekämpfung des Klimawandels vorgesehen. Auch würden 20 % der Mittel der Aufbau- und Resilienzfazilität in die digitale Transformation der EU investiert. Der EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung *Johannes Hahn* erklärte, dass der gegenwärtige EU-Haushalt eine angemessene Antwort auf eine beispiellose Herausforderung darstelle und dass mehr als 50 % der Mittel aus dem MFR sowie NGEU in neue Prioritäten (u. a. Forschung und Innovation) fließen würden.

[Internetseite der Konferenz zum Thema „Der EU-Haushalt und NextGenerationEU: Feuerwerk oder Urknall?“](#) (in englischer Sprache)

[Rede der Präsidentin der Kommission \*von der Leyen\* auf der Jahreshaushaltskonferenz 2021](#) (in englischer Sprache)

[Eröffnungsrede von EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung \*Johannes Hahn\* auf der Jahreshaushaltskonferenz 2021](#) (in englischer Sprache)

#### **Sitzung der Euro-Gruppe am 08.11.2021**

Am 08.11.2021 berieten sich die 19 Finanz- und Wirtschaftsminister des Euroraums im Rahmen der monatlichen Euro-Gruppe unter Vorsitz von *Paschal Donohoe* (Irland). Auf der Tagesordnung der ordentlichen Sitzung standen insbesondere makroökonomische Entwicklungen im Euroraum, politische Ziele und Anwendungen eines digitalen Euro sowie die Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung. Für Deutschland nahm BMF *Jörg Kukies* teil.

Insbesondere erörterten die Finanz- und Wirtschaftsminister die makroökonomischen Aussichten im Euroraum, einschließlich der Energiepreise vor dem Hintergrund der Inflationsentwicklung. Sie diskutierten über die politischen Ziele eines digitalen Euro und über die Vorbereitungen für die im November 2020 vereinbarte Einführung der gemeinsamen Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds. Nach der Präsentation der Kommission zur wiederaufgenommenen Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung hat sich die Euro-Gruppe damit auseinandergesetzt, wie sie diese Überprüfung angehen sowie die Bewältigung der Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik nach der COVID 19-Pandemie bewältigen kann.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 08.11.2021](#)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe \*Paschal Donohoe\* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 08.11.2021](#) (in englischer Sprache)



### ECOFIN am 09.11.2021

Anknüpfend an die Euro-Gruppe am 08.11.2021 berieten sich am 09.11.2021 die 27 Finanz- und Wirtschaftsminister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Der ECOFIN fand unter Vorsitz des slowenischen Finanzministers *Andrej Šircelj* statt. Deutschland vertrat BMF *Jörg Kukies*.

Auf der Tagesordnung standen u. a. folgende Punkte: wirtschaftspolitische Steuerung und wirtschaftliche Erholung in der EU, Energiepreise und Inflation sowie Finanzdienstleistungen.

Der Schwerpunkt der Sitzung war der jüngste drastische Anstieg der Energiepreise und der darauffolgenden Inflation. Die Wirtschafts- und Finanzminister haben auch über die EU-Wirtschaft nach der COVID19-Pandemie und über deren Auswirkungen auf die wirtschaftspolitische Steuerung diskutiert. Sie äußerten sich zum weiteren Vorgehen in Bezug auf die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts und führten eine Orientierungsaussprache über die Umsetzung von Basel III.

[Wichtigste Ergebnisse der ECOFIN-Tagung am 09.11.2021](#) (in englischer Sprache)

[Schlussfolgerungen des Rates zur Zukunft des Europäischen Semesters im Kontext der Aufbau- und Resilienzfazilität](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### Digitales Europa: Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramme

Die Kommission hat am 10.11.2021 drei Arbeitsprogramme für das Programm Digitales Europa (EB 20/20) angenommen (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB). Das Hauptarbeitsprogramm mit einem Budget von 1,38 Mrd. € ist auf die Themenbereiche künstliche Intelligenz (KI), Cloud und Datenräume, Quantenkommunikationsinfrastruktur, fortgeschrittene digitale Kompetenzen sowie die breite Nutzung digitaler Technik in Wirtschaft und Gesellschaft bis Ende 2022 ausgerichtet. Daneben hat die Kommission zwei spezifische Arbeitsprogramme veröffentlicht, die der Finanzierung im Bereich Cybersicherheit (269 Mio. €) sowie der Einrichtung und dem Betrieb des Netzes europäischer Zentren für digitale Innovation (329 Mio. €) dienen.

Die ersten Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm Digitales Europa werden Ende November 2021 veröffentlicht, weitere Aufforderungen werden dann im Jahr 2022 folgen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

#### Cybersicherheit: Kommission legt delegierten Rechtsakt zu mehr Sicherheit bei drahtlosen Geräten vor

Die Kommission hat am 29.10.2021 einen delegierten Rechtsakt zur Funkanlagenrichtlinie vorgelegt, der die Cybersicherheit bei drahtlosen Geräten wie Mobiltelefone, Smartwatches, Fitness-Tracker und drahtloses Spielzeug verbessern soll (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB). Mit dem Rechtsakt werden neue rechtliche Anforderungen für Sicherheitsvorkehrungen im Bereich der Cybersicherheit festgelegt, die bei der Konzeption und Herstellung der betreffenden Produkte berücksichtigt werden müssen. Hierdurch sollen die Netzstabilität verbessert, der Schutz der Privatsphäre und die personenbezogenen Daten der Verbraucher gestärkt und Betrugsdelikte verhindert werden. Sofern Rat und Europäisches Parlament gegen den delegierten Rechtsakt innerhalb von zwei Monaten keine Einwände erheben, tritt dieser im Anschluss in Kraft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Text der delegierten Verordnung](#)

#### Konsultation zu neuer Industriallianz für die Wertschöpfungskette erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe

Die Kommission hat am 08.11.2021 eine Konsultation zu einer neuen Industriallianz für die Wertschöpfungskette erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe eingeleitet. Die Allianz soll die Versorgung mit erneuerbaren und kohlenstoffarmen gasförmigen und flüssigen Kraftstoffen verbessern, dafür sorgen, dass



diese erschwinglich sind und die gesamte industrielle Wertschöpfungskette aufeinander abstimmen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Luft- und Schifffahrt, sodass die Allianz auch als Ergänzung der Legislativvorschläge ReFuelEU Aviation und FuelEU Maritime des „Fit-for-55-Pakets“ (EB 13/21) zu sehen ist. Auf der Grundlage der Erfahrungen anderer Industrieallianzen auf EU-Ebene soll sie allen Beteiligten die Möglichkeit geben, neue Geschäftsbeziehungen aufzubauen, gemeinsame Projekte zu starten, das Risiko von Investitionen zu verringern und gemeinsam Marktmängel zu beheben. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 30.11.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation \(in englischer Sprache\)](#)

### **EuG bestätigt Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung von Google**

Das Europäische Gericht (EuG) ist am 10.11.2021 in seinem Urteil zu der Auffassung gelangt, dass Google seine marktbeherrschende Stellung missbraucht hat, indem es seinen eigenen Shopping-Vergleichsdienst günstiger behandelt als konkurrierende Dienste.

Das EuG bestätigt damit die Entscheidung der Kommission vom Juni 2017 mit der Google mit einer Geldbuße von 2,42 Mrd. € wegen eines Verstoßes gegen das EU-Kartellrecht belegt wurde (EB 12/17). Aus Sicht der Kommission hatte Google seine marktbeherrschende Stellung als Suchmaschinenbetreiber missbraucht, indem das Unternehmen einem seiner Produkte – dem Preisvergleichsdienst „Google Shopping“ – einen unrechtmäßigen Vorteil verschafft hat. Der Preisvergleichsdienst wurde gegenüber vergleichbaren Diensten von Wettbewerbern systematisch am besten platziert, wodurch die Wettbewerber bei den Suchergebnissen benachteiligt wurden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des EuG \(in englischer Sprache\)](#)

[Volltext des Urteils \(in englischer Sprache\)](#)

### **Kommission veröffentlicht Berichte zu Postdiensten und Paketzustellungen**

Die Kommission hat am 08.11.2021 zwei Berichte über die Situation und die Entwicklungen im Europäischen Binnenmarkt für Postdienste und grenzüberschreitende Zustellungen veröffentlicht. Sie kommt dabei zu der Auffassung, dass die EU-Postdienterichtlinie und die Verordnung über die grenzüberschreitende Paketzustellung die Modernisierung und Öffnung europäischer Postdienste erfolgreich begleitet und für einen Zugang aller EU-Bürgerinnen und -Bürger zu grundlegenden Brief- und Paketdiensten gesorgt haben. Die Digitalisierung habe allerdings einen großen Einfluss auf den Binnenmarkt für Post- und Paketdienste, indem sie neue Chancen und Herausforderungen für die Postbetreiber geschaffen und die Bedürfnisse und Erwartungen der Verbraucher verändert hat.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



### **Kommission veröffentlicht Bericht über nationale Solvabilitätsmaßnahmen für KMU**

Die Kommission hat am 03.11.2021 einen Bericht über nationale Solvabilitätsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) veröffentlicht. Darin zeigt sie u. a. auf, wie ein breites Spektrum nationaler Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie eingeführt wurden, dazu beigetragen hat, dass die Liquiditätskrise nicht zu einer umfassenderen Solvenzkrise für europäische Unternehmen wurde. Demnach haben die Mitgliedstaaten in erster Linie bewährte Maßnahmen wie Darlehen und Eigenkapitalinstrumente eingesetzt, die insbesondere kleineren Unternehmen zugutekamen. Gleichzeitig wurden auch neue Instrumente wie nachrangige Darlehen und Mezzanine-Finanzierungen angeboten, sowie Zuschüsse und Mischfinanzierungen.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Bericht der Kommission](#) (in englischer Sprache)

## **AUßENWIRTSCHAFT**

### **EU-USA: Aussetzung von Handelsstreitigkeiten und Aufnahme von Gesprächen über neue globale Vereinbarung**

Die EU und die USA haben sich am 31.10.2021 auf eine Unterbrechung ihrer Streitigkeiten über Stahl und Aluminium verständigt. Bereits im Mai 2021 hatten sie eine gemeinsame Erklärung mit dem Ziel, bis Ende des Jahres Lösungen zu finden, abgegeben (EB 09/21). Die nun erzielte Verständigung geht auch auf die jüngsten Erfolge bei der Neugestaltung der transatlantischen Handelsbeziehungen, etwa die Einrichtung des EU-US-Handels- und Technologierats (EB 17/21) sowie die Aussetzung von Zöllen im Boeing-Airbus-Streit (EB 05/21), zurück.

Ferner vereinbarten sie die Aufnahme von Gesprächen über eine globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und nachhaltiges Aluminium. Mit dieser soll gewährleistet werden, dass die CO<sub>2</sub>-intensiven Industrien Stahl und Aluminium lebensfähig sind. Zudem sollen die kohlenstoffarme Produktion sowie der Handel gefördert und marktorientierte Bedingungen wiederhergestellt werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Einseitige Erklärung der EU zur Aussetzung von Gegenmaßnahmen](#) (in englischer Sprache)

[Gemeinsame Erklärung der EU und der USA zum Stahl- und Aluminiumhandel](#) (in englischer Sprache)

### **Global Methane Pledge gestartet**

Die USA, die EU und weitere Partner haben am 02.11.2021 den „Global Methane Pledge“ (EB 15/21) auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 26) auf den Weg gebracht. Mehr als 100 Länder, auf die 70 % der Weltwirtschaft und fast die Hälfte der anthropogenen Methanemissionen entfallen, haben sich mit dem Pakt dem kollektiven Ziel verpflichtet, die Methanemissionen weltweit bis 2030 um mindestens 30 % gegenüber 2020 zu senken. Zudem wollen sie sich darum bemühen, zur Quantifizierung der Methanemissionen die besten



verfügbaren Methoden anzuwenden. Mit der Umsetzung des Pakts könnte die Erderwärmung bis 2050 um mindestens 0,2 °C verringert werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Außenhandel: Kommission veröffentlicht Bericht zur Umsetzung von Handelsabkommen**

Die Kommission hat am 27.10.2021 ihren ersten Jahresbericht über die Umsetzung von Handelsabkommen veröffentlicht. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass die EU-Ausfuhren im Jahr 2020 aufgrund der wirksamen Umsetzung und Durchsetzung von EU-Handelsabkommen und internationaler Handelsregeln um 5,4 Mrd. € gestiegen sind. Zu den im vergangenen Jahr durch die Kommission ergriffenen konkreten Maßnahmen zur Erleichterung von Ausfuhren der EU zählen u. a. die Beseitigung von Handelshemmnissen, eine Online-Plattform für den Marktzugang von kleinen und mittleren Unternehmen, eine zentrale Beschwerdestelle über Handelsschranken und Regelverstöße sowie Fortschritte bei mehreren Streitbeilegungsverfahren im Handelsbereich.

Darüber hinaus hat die Kommission mit dem neuen Überprüfungsmechanismus für ausländische Direktinvestitionen (EB 17/20) und den aktualisierten Ausfuhrkontrollvorschriften für Güter mit doppeltem Verwendungszweck (EB 14/21) entscheidende Rechtsvorschriften abgeschlossen. Bei weiteren Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Durchsetzung und Umsetzung von Handelsabkommen steht der Abschluss noch bevor.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

## **ENERGIE**

### **Kommission leitet Konsultation für die Festlegung einer Berechnungsmethode zur Nutzung von erneuerbarer Energie für Kälte ein**

Die Kommission hat am 28.10.2021 eine öffentliche Konsultation zu einem Entwurf für eine delegierte Verordnung für die Festlegung einer Methode zur Berechnung der Menge an erneuerbarer Energie für die Kälteversorgung und die Fernkälteversorgung eingeleitet. Der delegierte Rechtsakt beruht auf Erneuerbare-Energien-Richtlinie von 2018, mit der die stärkere Nutzung erneuerbarer Energie in allen Energiesektoren gefördert werden soll. Um die Ziele für Kälte sowie Fernkälte zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten in der Lage sein, die Menge der für die Kühlung verwendeten erneuerbaren Energie zu berechnen. Eine harmonisierte Methodik ist erforderlich, um sicherzustellen, dass die Berechnung von jedem Mitgliedstaat auf die gleiche Weise erfolgt und ein Monitoring auf EU-Ebene möglich ist. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 25.11.2021.

[Zur Initiative](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### UMWELT

#### **Kommission leitet Konsultation zu Industriallianz für die Wertschöpfungskette erneuerbarer Kraftstoffe ein**

Am 08.22.2021 hat die Kommission eine Konsultation zu einer neuen Industriallianz für die Wertschöpfungskette erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe eingeleitet. Die Allianz soll die Versorgung mit erneuerbaren und kohlenstoffarmen gasförmigen und flüssigen Kraftstoffen verbessern, dafür sorgen, dass diese erschwinglich sind und die gesamte industrielle Wertschöpfungskette aufeinander abstimmen. Der Schwerpunkt liegt auf der Luft- und Schifffahrt, sodass die Allianz insbesondere als Ergänzung der Legislativvorschläge ReFuelEU Aviation und FuelEU Maritime des „Fit for 55“-Pakets zu sehen ist. Auf der Grundlage der Erfahrungen anderer Industriallianzen auf EU-Ebene soll sie allen Beteiligten - von der Beschaffung über die Endnutzer bis hin zu den Technologieanbietern - die Möglichkeit geben, neue Geschäftsbeziehungen aufzubauen, gemeinsame Projekte zu starten, das Risiko von Investitionen zu verringern und gemeinsam Marktmängel zu beheben. Die Konsultation zum Aufbau der neuen Allianz richtet sich an Industrie, Behörden, Zivilgesellschaft und alle anderen interessierten Akteure. Die Rückmeldung ist bis zum 30.11.2021 möglich.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

#### **Kommission leitet Konsultation zu Vorschriften zur Qualität der Badegewässer sein**

Die Kommission hat am 28.10.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der EU-Vorschriften zur Qualität der Badegewässer eingeleitet. Die Teilnahme an dieser Konsultation steht allen Bürgerinnen und Bürgern und Interessengruppen offen. Sie ist insbesondere für diejenigen von Interesse, die an der Umsetzung der Badegewässerrichtlinie (Ausweisung von Badegewässern und/oder Überwachung und Bewirtschaftung der Badegewässer hinsichtlich ihrer Qualität) beteiligt oder davon betroffen sind. Dazu gehören die EU-Mitgliedstaaten und ihre Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, Wirtschaftsbeteiligte wie Verbände und Unternehmen (Vertreter der Tourismusbranche, Betreiber von Badestellen), Wasserverbände auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, internationale Organisationen, NGO, wissenschaftliche Kreise, im Bereich Forschung und Innovation tätige Organisationen und Institute. Die Beteiligung daran ist bis 20.01.2022 möglich.

[Konsultation](#)



## VERBRAUCHERSCHUTZ

### **Kommission legt Vorschlag zur Änderung der Verordnung über persistente organische Schadstoffe vor**

Am 28.10.2021 hat die Kommission zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt einen Vorschlag zur Änderung der Anhänge der Verordnung über persistente organische Schadstoffe angenommen sowie eine zweiteilige Folgenabschätzung in der Anfangsphase veröffentlicht. Ziel des als Teil des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft vorgelegten Vorschlags ist es, die POP-Emissionen aus Abfällen gänzlich zu vermeiden oder auf ein Minimum zu reduzieren. Mit dem Vorschlag werden die Grenzwerte für diese Chemikalien in Abfällen gesenkt, um zu verhindern, dass sie wieder in den Wirtschaftskreislauf gelangen. Insbesondere sollen Grenzwerte für die drei Stoffe oder Stoffgruppen Perfluorooctansäure (PFOA), Dicofol, Pentachlorphenol, seine Salze und Ester in Abfällen eingeführt werden. Zusätzlich schlägt die Kommission vor, die Grenzwerte für fünf weitere Stoffe oder Stoffgruppen (5 Polybromierte Diphenylether (PBDE), Hexabromcyclododecan (HBCDD), Kurzketten Chlorparaffine (SCCP), Polychlorierte Dibenz-p-Dioxine und Dibenzofurane (PCDD/F), Dioxinähnliche PCB) in Abfällen, für die bereits Vorgaben gelten, zu senken. Die Kommission hat in diesem Zusammenhang zudem zwei Konsultationen eingeleitet. Die Möglichkeit der Rückmeldung besteht bis zum 06.12.2021 bzw. bis zum 23.12.2021.

[Vorschlag zur Änderung der Anhänge der Verordnung über POP mit Folgenabschätzung](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zum Vorschlag](#) (in englischer Sprache)

[Website zum Thema POP-haltige Abfälle](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Konsultation](#)

[Konsultation](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

### **FAO und EBRD veröffentlichen Kurzbericht über das Potential des Agrarsektors im Kampf gegen den Klimawandel**

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat am 05.11.2021 in Kooperation mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) einen Kurzbericht über das Potential der Landwirtschaft im Kampf gegen den Klimawandel veröffentlicht. An diesem Kampf sei die Landwirtschaft sowohl als Verursacher von Treibhausgasen als auch als Beschädigter an vorderster Front beteiligt. So sei sie besonders sensibel im Hinblick auf steigende Temperaturen und sich verändernde Regenmuster, selbst aber auch für rund 30 % der anthropogenen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Dies mache die Bedeutung des Agrarsektors im Kampf gegen die Erderwärmung deutlich. Allein in diesem Bereich ließen sich bis 2030 durch gezielte Dekarbonisierungsmaßnahmen rund 5 % des globalen anthropogenen Treibhausgasausstoßes einsparen.

Dabei wurde deutlich gemacht, dass die Transformation hin zu einer grünen Technologie auch als wirtschaftliche Chance zu verstehen sei. Der gesamte gesellschaftliche Nutzen einer Verringerung von Emissionen, einem Fokus auf mehr Biodiversität, Verbesserungen im Bereich von Ernährung und Gesundheit und einem inklusiven Wachstum könnte demnach 2030 bei etwa 5,7 Bio. € liegen und sei damit 15-mal höher als die erforderlichen Investitionen. Dies sei auch internationalen Kapitalanlegern nicht verborgen geblieben. Das Volumen der Investments in umweltfreundliche, soziale und nachhaltige Bereiche habe sich seit 2012 verdreifacht und mache nunmehr global etwa ein Viertel der professionell verwalteten Vermögenswerte aus.

[Kurzbericht der FAO und der EBRD \(in englischer Sprache\)](#)

### **Agrarkommissar und US-Landwirtschaftsminister geben gemeinsame Erklärung zu Transatlantischer Kooperationsplattform für Landwirtschaft**

Agrarkommissar *Janusz Wojciechowski* und US-Landwirtschaftsminister *Thomas Vilsack* gaben am 03.11.2021 in Brüssel eine gemeinsame Erklärung zur Transatlantischen Kooperationsplattform für Landwirtschaft.

Darin wird die existenzielle Gefahr betont, die der globale Klimawandel bereits heute in Form von verschiedenen Naturkatastrophen gegenüber der Existenzgrundlage von Landwirten beidseits des Atlantischen Ozeans, aber auch gegenüber urbanen Regionen und der Weltgesellschaft im Ganzen darstellt.

Um dieser Bedrohung entgegenzuwirken, müsse die Art und Weise, wie wir Nahrungsmittel produzieren, verarbeiten und konsumieren, grundlegend verändert werden. Diesem Zweck diene auch die neu geschaffene Transatlantische Kooperationsplattform für Landwirtschaft. Sie soll den Austausch von Informationen und grünen Technologien zwischen der EU und den USA erleichtern, Innovationen vorantreiben und das gegenseitige Vertrauen fördern und festigen.

[Gemeinsame Presseerklärung EU-USA \(in englischer Sprache\)](#)



### **Kommission veröffentlicht Stand der Umsetzung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette**

Die Kommission hat am 27.10.2021 den Bericht zum Stand der Umsetzung und Durchführung der Richtlinie (EU) 2019/633 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.04.2019 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette veröffentlicht.

Demnach hätten 16 Mitgliedstaaten (unter ihnen auch Deutschland) bis zum 31.07.2021 die vollständige Umsetzung der Richtlinie gemeldet. Dabei würden die meisten Staaten über das von der Richtlinie geforderte Mindestschutzniveau hinaus gehen, indem etwa die Liste der Richtlinie erweitert oder Verbote verschärft wurden. Dem sektoralen Ansatz der Richtlinie wurde dabei in den meisten Fällen gefolgt.

Die Richtlinie soll die Position kleiner und mittelgroßer landwirtschaftlicher Betriebe gegenüber großen Unternehmen stärken, indem gewisse unfaire Handelspraktiken verboten werden. Den Mitgliedsstaaten wurde bis zum 01.05.2021 Zeit gegeben, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen und weitere sechs Monate, um diese auch anzuwenden.

[Bericht der Kommission über unlautere Handelspraktiken Agrar-/Lebensmittelversorgungskette](#)

### **Kommission veröffentlicht jährlichen Bericht über Waldbrände**

Die Kommission hat am 29.10.2021 ihren jährlichen Bericht über Waldbrände in Europa, dem Nahen Osten und Nordafrika veröffentlicht.

Demnach sind im Jahr 2020 innerhalb der EU insgesamt etwa 340.000 ha Wald den Flammen zum Opfer gefallen. Besorgniserregend ist dabei insbesondere, dass 25 % der abgebrannten Fläche von der Union ausgewiesene Natura-2000-Schutzgebiete waren. Innerhalb der EU am schlimmsten betroffen war Rumänien, aber auch die Wälder von südeuropäischen Ländern wie Italien, Spanien oder Portugal wurden von Bränden stark in Mitleidenschaft gezogen. Deutschland ist hiervon nur in geringem Maße betroffen. 1.360 Waldbrände wurden 2020 in der Bundesrepublik gemeldet, die insgesamt etwa 368 ha Waldfläche vernichteten.

Ausschlaggebend für den erhöhten Schaden in der Union sind dabei mehrere Faktoren: Die Ausprägung und die Intensität der Waldbrände haben sich seit 2016 erheblich verändert bzw. verstärkt, was auf den Klimawandel zurückzuführen ist. Aber auch die jährliche Waldbrandsaison hat sich in den vergangenen Jahren stetig verlängert.



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU  
Nr. 18/2021 vom 15.11.2021**



Eine Trendwende in den nächsten Jahren ist leider nicht in Sicht. 2021 sei unionsweit schon bis Ende Oktober eine abgebrannte Fläche von etwa einer halben Million Hektar zu vermelden. Damit ist erneut ein starker Anstieg im Vergleich zum Vorjahr zu erwarten. Überwiegend sind Wälder betroffen, deren Erholung Jahre dauern wird. Dabei sind für mehr als 90 % der Waldbrände der Mensch verantwortlich. Um dem entgegenzuwirken wären Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen der Öffentlichkeit sowie eine Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Wälder vonnöten.

[Jährlicher Bericht über Waldbrände in Europa, dem Nahen Osten und Nordafrika 2020 \(in englischer Sprache\)](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

---

### **Pakt für Kompetenzen feiert ersten Geburtstag**

Vor einem Jahr hat die Kommission den Pakt für Kompetenzen ins Leben gerufen. Mit dieser Leitaktion der Europäischen Kompetenzagenda sollen Arbeitgeber, Arbeitnehmer, öffentliche Arbeitsverwaltungen, Behörden und andere Stakeholder an einen Tisch gebracht werden, um gemeinsam die notwendigen Qualifikationen für verschiedene Wirtschaftssektoren zu ermitteln. Zum Jahrestag zog die Kommission am 10.11.2021 eine positive Zwischenbilanz: Bisher hätten sich 450 Organisationen im Rahmen des Pakts dazu verpflichtet, insgesamt 1,5 Millionen Menschen die richtigen Kompetenzen zu vermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **EVP-Abgeordnete fordern Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie**

Rund 30 EVP-Abgeordnete haben sich an *Ursula von der Leyen* gewandt, um die Kommissionspräsidentin auf Schwierigkeiten bei der Anwendung der Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG aufmerksam zu machen. Die Abgeordneten verweisen u. a. auf eine EuGH-Rechtsprechung aus dem Jahr 2018 ([Rechtssache C-518/15](#)), wonach freiwillige Feuerwehrleute bei Anwendung der Richtlinie wie Arbeitnehmer zu behandeln sind. Dadurch sei es unmöglich, diese Tätigkeit mit einem anderen Beruf zu kombinieren, argumentieren die MdEP. In ähnlicher Weise bedrohe ein aktuelles Urteil des EuGH aus dem Juni 2021 ([Rechtssache C-742/19](#)) das Funktionieren des Militärs. Die Abgeordneten fordern eine dringende Überarbeitung, mit welcher sämtliche „für die Sicherheit des europäischen Kontinents unverzichtbaren Tätigkeiten“ vom Anwendungsbereich der Richtlinie 2003/88/EG ausgenommen werden.

[Tweet des MdEP Anne Sander](#)

### **Europa kommt bei der Gleichstellung kaum voran**

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen hat ernüchternde Ergebnisse seines jährlichen Gleichstellungsindex veröffentlicht: Die EU erreichte 2021 einen Wert von 68 von möglichen 100 Punkten und damit nur 0,6 Punkte mehr als bei der Erhebung im Vorjahr. Bis zur vollständigen Geschlechterparität werde es bei diesem Tempo fast drei Generationen dauern, heißt es in der Studie. Deutschland liegt mit 68,6 Punkten leicht über dem EU-Durchschnitt und belegt den zehnten Rang - ein Plus von 1,1 Punkten. Vorne sind bei der Gleichstellung innerhalb der EU unverändert Schweden (83,9 Punkte) und Dänemark (77,8 Punkte), das Schlusslicht ist weiterhin Griechenland (52,5 Punkte).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zum Gleichstellungsindex](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

---

### COVID-19: Kommission schließt Vertrag über Valneva-Impfstoff ab

Die Kommission hat am 10.11.2021 einen Vertrag mit dem französisch-österreichischen Biotech-Unternehmen Valneva über den Ankauf seines potenziellen Impfstoffs gegen COVID-19 genehmigt. Der Vertrag eröffnet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, im Jahr 2022 fast 27 Mio. Dosen des Impfstoffs zu kaufen, sobald die Europäische Arzneimittelagentur ihn für sicher und wirksam befunden und er eine Zulassung erhalten hat. Er sieht zudem vor, dass der Impfstoff **an neue Variantenstämme** angepasst werden kann. Die Mitgliedstaaten können 2023 bis zu 33 Mio. weitere Impfstoffdosen nachbestellen. Der Vertrag mit Valneva ergänzt das umfangreiche Portfolio an Impfstoffen, die in Europa produziert werden sollen, darunter die bereits unterzeichneten Verträge mit AstraZeneca, Sanofi-GSK, Janssen Pharmaceutica NV, BioNTech-Pfizer, CureVac, Moderna und Novavax.

Der Impfstoff von Valneva wurde durch chemische Inaktivierung des Lebendvirus hergestellt. Dabei handelt es sich laut der Kommission um eine klassische, seit 60 - 70 Jahren eingesetzte Impfstofftechnologie mit bewährten Verfahren und **sehr hoher Sicherheit**. Sie kommt bei den meisten Grippe-Impfstoffen und vielen Impfstoffen für Kinderkrankheiten zum Einsatz. Dies ist derzeit der einzige Impfstoffkandidat gegen COVID-19 auf der Basis inaktivierter Viren, der in Europa in klinischen Studien getestet wird.

[Pressemitteilung](#)

[EU-Strategie für Covid-19 Impfstoffe](#)

### Europäische Arzneimittelagentur will über Zulassung von Moderna Impfstoff für kleine Kinder entscheiden

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat mit der Prüfung eines Antrags auf Ausweitung der Verwendung des COVID-19-Impfstoffs Spikevax von Moderna auf Kinder zwischen 6 und 11 Jahren begonnen. Das US-Unternehmen Moderna hatte am 09.11.2021 eine Zulassung seines Corona-Impfstoffs für Sechs- bis Elfjährige bei der EMA beantragt. Der Impfstoff Spikevax ist in der EU bisher ab einem Alter von zwölf Jahren zugelassen und soll nach dem Willen von Moderna nun auf jüngere Kinder ausgeweitet werden. Der derzeitige Zeitplan für die Bewertung sieht eine Stellungnahme in etwa 2 Monaten vor, sofern keine zusätzlichen Informationen oder Analysen erforderlich sind.

[Pressemitteilung EMA](#) (in englischer Sprache)

### Rat genehmigt Verordnung zur Bewertung von Gesundheitstechnologien

Der Rat hat am 09.11.2021 grünes Licht für den Erlass einer **Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien (HTA)** und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU gegeben. Die neuen Vorschriften - im englischen Sprachgebrauch Health Technology Assessment, HTA - sehen vor, dass die



Mitgliedstaaten bei der Durchführung **gemeinsamer klinischer Bewertungen und gemeinsamer wissenschaftlicher Konsultationen** zusammenarbeiten. Sie werden auch ihre Kräfte bündeln, wenn es um die Identifizierung neuer Gesundheitstechnologien geht. Um den Verwaltungsaufwand insbesondere für kleinere Unternehmen zu verringern, sollen die Entwickler von Gesundheitstechnologien die für die gemeinsame klinische Bewertung erforderlichen Informationen, Daten und sonstigen Nachweise **nur einmal auf EU-Ebene** vorlegen müssen. Die Verordnung muss noch vom Europäischen Parlament angenommen werden, bevor sie im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird. Die Hersteller von Arzneimitteln und Medizinprodukten werden davon profitieren, da die Einreichungsverfahren vereinfacht werden.

[Weiterführende Informationen](#)

[Mitteilung Rat 07.12.2021](#) (in englischer Sprache)

### **Weltgesundheitsorganisation: Notfallzulassung für Totimpfstoff Covaxin**

Am 03.11.2021 wurde der indische Totimpfstoff Covaxin der Firma Bharat Biotech von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als **Notfallimpfstoff** gegen COVID-19 aufgenommen. Totimpfstoffe, bestehend aus inaktivierten Antigenen, haben gegenüber den üblichen Vektor- und mRNA-Impfstoffen den Vorteil, dass sie länger ungekühlt haltbar sind. Damit kann gerade in Entwicklungsländern oder schwer erreichbaren Gegenden die Impfrate erhöht werden. Der Impfstoff Covaxin wird in zwei Impfdosen mit vier Wochen Intervall verabreicht und schützt nach bisheriger Studienlage bis zu 78 % vor schweren Verläufen von COVID-19.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### **Prüfverfahren des Covid-19 Medikaments von Eli Lilly gestoppt**

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) gab am 03.11.2021 bekannt, dass sie die laufende Prüfung des **Covid-19-Behandlungskandidaten** des US-Pharmaunternehmens Eli Lilly **eingestellt** hat. Das Pharmaunternehmen habe selbst den Antrag auf Zulassung zurückgezogen. Diese Entscheidung wurde getroffen, nachdem der für die Ausarbeitung der Gutachten der Europäischen Agentur für Humanarzneimittel zuständige Ausschuss das Unternehmen aufgefordert hatte, neue Validierungsdaten vorzulegen. Es ging dabei um ein Kombinationspräparat der beiden monoklonalen Antikörper Bamlanivimab und Etesevimab, das Gegenstand einer europäischen Vorabkaufvereinbarung für bis zu 220.000 Dosen war. Damals hatten 18 Mitgliedstaaten Interesse an dieser potenziellen Behandlung bekundet.

[Pressemitteilung EMA](#)

### **Einigung über die Stärkung der Europäischen Arzneimittelagentur**

Am 29.10.2021 haben sich das Europäische Parlament (EP) und der Rat entsprechend dem Vorschlag der Kommission auf eine Stärkung der Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) geeinigt. Dabei geht es



im Besonderen um Rechte in Krisenvorsorge und -management. Durch das neue Mandat wird die EMA in die Lage versetzt, Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten bei größeren Ereignissen und Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit genau zu überwachen und eine Schlüsselrolle bei der schnelleren Zulassung von Arzneimitteln zu spielen. Innerhalb der EMA werden zwei Lenkungsgruppen eingerichtet: eine für Arzneimittelknappheit und eine für die Knappheit von Medizinprodukten. Sie werden regelmäßig und im Falle einer Gesundheitskrise auch ad hoc zusammenkommen. Die Verordnung muss nun vom Rat und vom EP förmlich angenommen werden, bevor sie in Kraft treten kann.

[Pressemitteilung](#)

[Pressemitteilung Rat](#)

[Pressemitteilung Kommission](#)

[Verordnung Kommission](#)

### **Zwei neue Produktionsstätten für Biontech/Pfizer Impfstoff genehmigt**

Die europäische Arzneimittelagentur (EMA) teilte am 18.10.2021 mit, dass das Komitee für Humanmedizin der EMA (CHMP) zwei Produktionsstätten für den Biontech Impfstoff Comirnaty genehmigt habe. Beide Produktionsstätten sind in Italien, eine in Monza, die andere in Anagni. Sie können ab sofort Impfstoff produzieren und sollen bis Ende 2021 85 Mio. fertige Impfpräparate herstellen. CHMP genehmigte auch eine neuartige Formel des Impfstoffes. Diese kann ab Anfang 2022 angewandt werden und hat den Vorteil, dass der Impfstoff nicht mehr verdünnt werden muss und länger haltbar ist.

[Pressemitteilung EMA](#)

### **ECDC-Veröffentlichung zur Nutzung von Antigen-Schnelltests**

Am 26.10.2021 veröffentlichte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) einen Bericht zur Nutzung von Antigen-Schnelltests zur Identifikation von COVID-19-Infektionen. In dem Bericht werden verschiedene Testtypen benannt, die das ECDC aufgrund ihrer Genauigkeit empfiehlt. Aufgrund der allgemein geringeren Genauigkeit von Antigen-Schnelltests gegenüber PCR-Tests, empfiehlt das ECDC eine Nachtestung mit PCR-Test im Falle eines positiven Antigen-Schnelltests. Außerdem seien Antigen-Schnelltests insbesondere dann effizient, wenn regelmäßig getestet werde.

[Pressemitteilung](#)

### **Europäisches Gericht weist Antrag auf einstweilige Anordnung gegen Covid-Zertifikat ab**

Das Europäische Gericht lehnte am 29.10.2021 den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die Anwendung der Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für ein europäisches Covid-19-Impfzertifikat ab.

[Pressemitteilung](#) (in französischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

### Whistleblowerin *Frances Haugen* von Abgeordneten zur Regulierung von Facebook befragt

Laut *Frances Haugen* kann die EU mit neuen Regeln für die Digitalwirtschaft einen weltweiten Goldstandard setzen. Am 08.11.2021 plädierte die ehemalige Facebook-Mitarbeiterin vor dem Binnenmarktausschuss und fünf weiteren Ausschüssen des Europäischen Parlaments (EP) für ein starkes Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA), das Digitalunternehmen Transparenz abverlangt und Aufsicht und Vollzug stärkt. Hintergrund der Anhörung waren die anstehenden Abstimmungen im EP zum DSA, der die Bekämpfung schädlicher Online-Inhalte durch Verhaltens- und Haftungsregeln für Anbieter digitaler Dienste zum Ziel hat, und die in den letzten Wochen erfolgte Offenlegung zahlreicher interner Dokumente des Unternehmens Facebook durch *Haugen*. Für einen verbesserten Kampf gegen Desinformation forderte sie strenge Transparenz- und Datenzugangsregeln. Sie warnte zudem vor dem Mangel an Experten, die sich mit den Algorithmen der regulierten Unternehmen auskennen und den Vollzug der neuen Regeln erschweren werde. Am Vormittag hatte *Haugen* bereits Binnenmarktkommissar *Thierry Breton* und die Berichterstatterin für den DSA im EP *Christel Schaldemose* (DNK/S&D) [getroffen](#). *Breton* betonte, man wolle unbedingt eine Verabschiedung des DSA in ersten Halbjahr 2022 erreichen.

[Pressemitteilung des EP](#) vom 08.11.2021 (in englischer Sprache)

### Digitales Europa: Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramme

Die Kommission hat am 10.11.2021 drei Arbeitsprogramme für das Programm Digitales Europa angenommen (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Darin werden Ziele und spezifische Themenbereiche beschrieben, für die das Budget von 1,38 Mrd. € für künstliche Intelligenz (KI), Cloud und Datenräume, Quantenkommunikationsinfrastruktur, fortgeschrittene digitale Kompetenzen sowie die breite Nutzung digitaler Technik in Wirtschaft und Gesellschaft bis Ende 2022 verwendet werden sollen. Hinzu kommen zwei spezifische Arbeitsprogramme, die der Finanzierung im Bereich Cybersicherheit (269 Mio. €) sowie der Einrichtung und dem Betrieb des Netzes europäischer Zentren für digitale Innovation (329 Mio. €) dienen. Erste Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm Digitales Europa werden Ende November 2021 veröffentlicht, weitere Aufforderungen werden im Jahr 2022 folgen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)